

IKZ live



*Die Bildung einer
Gemeinschaftskasse im Taunus*

Die Gemeinschaftskasse Taunus ...

ist ein interkommunales
Kooperationsprojekt der
Städte

Steinbach (Taunus),

Königstein im Taunus und

Kronberg im Taunus



... in Zusammenarbeit mit



Über uns

- 3 kreisangehörige Kommunen nördlich von Frankfurt am Main im Hochtaunuskreis (Speckgürtel);
- Größenklasse 6, insgesamt ca. 44.000 Einwohner;
- kaufkraftstärkster Kreis in der BRD, aber 3 defizitäre Haushalte und eine Schutzschirmkommune;
- anspruchsvoller Kundenkreis in allen 3 Kommunen;
- mehr über uns gibt's auf www.stadt-steinbach.de,
www.koenigstein.de, www.kronberg.de oder
www.kronberg-wo-sonst.de;

Wo kommen wir her?

- keine Sensibilität für die allgemeinen Entwicklungen ab Anfang der 1990er Jahre (insulare Betrachtungen, kein Finanzdruck);
- keine besonders aktiven Kooperationen mit den Nachbarkommunen vor 2009;
- regelmäßige IKZ-Runden von 9 kommunalen Wahlbeamten + oberste Verwaltungsebene aus 6 HTK-Kommunen seit 2009 (Personenwechsel);
- bis zur Gemeinschaftskasse nur kleinere Kooperationen;

Motivation für das Projekt

- defizitäre Haushalte, Haushaltssicherung;
- zunehmende Forderungen nach Stellenabbau in den Verwaltungen;
- zunehmende Auflagen der Aufsicht;
- Wunsch nach aktivem Handeln; nicht durch politische Beschlüsse zu reaktivem Handeln gezwungen sein müssen;
- interkommunale Zusammenarbeit als zielführender Lösungsansatz (Kostensenkung versus Aufgaben)
- strategisch-politisches Ziel der Bürgermeister „Wir wollen ein gemeinsames erfolgreiches Kooperationsprojekt, das Synergien erzeugt und Kosten in den Verwaltungen senkt“;

vor dem Projekt

- Machbarkeitsstudie durch **ekom21** für 5 Kommunen
- Studie wurde unter aktiver Beteiligung der jeweiligen Stadtkassen erstellt;
- als Ergebnis wurden signifikante Einsparungen prognostiziert, allerdings mit unterschiedlichen Auswirkungen pro Kommune;
- positive Entscheidung von 3 Bürgermeistern (Rahmenbedingungen für das Projekt);
- Präsentation der Studie in den Gremien an einem Ort;
- **Ziel:** wenn, dann „**Entwicklung einer Modellkasse**“;
- Entscheidung der Bürgermeister über die Projektleitung und -organisation;

vor dem Projekt

- Organisation des Projektes mit dem **Geschäftsbereich Beratung und Vergleiche** der **KGSt** mit dem Ziel der aktiven Mitarbeiterbeteiligung;
- enge Abstimmung der Kommunikationstermine (alles zeitgleich);
- Abstimmung der Entscheidungsprozesse in den Gremien (weitgehend wortgleiche Beschlussvorlagen);
- Grundsatzbeschlüsse der StvV`en;
- informelle Beteiligungsverfahren;
- Mitarbeiterinformation;

Projektarbeit

- von der **KGSt** vorbereitete, moderierte und dokumentierte Projektworkshops mit allen Kassenmitarbeitern;
- Projektstart in 04/2012;
- unterschiedliche Tagungsorte;
- ggf. Teilnahme der Frauenbeauftragten und Personalräte;
- Analysen, Bewertungen, Definition der neuen Geschäftsprozesse, Softwareeinsatz mit **ekom21**, Bemessung des tatsächlichen Personalbedarfs, erforderliche Arbeitsmittel etc.;
- Standortentscheidung durch Bürgermeister;
- Auswahlverfahren für eine externe Kassenleitung;
- Kostenverteilung;

Projektumsetzung

- öffentlich-rechtlicher Vertrag;
- Gestellungsvertrag;
- Beschlüsse der StvV'en;
- finanzielle Förderung durch das Land Hessen (75.000 €);
- Personalentscheidungen;
- räumliche Zusammenführung in Kronberg im Taunus ab 04/2013, Integration in den Fachbereich 1 – Verwaltungssteuerung;
- jede Kommune arbeitet ihre eigenen Rückstände auf;
- fließender Übergang aus 3 Einzelkassen in die Gemeinschaftskasse je nach Projektfortschritt;
- **Echtbetrieb ab 11/2013;**

Projektergebnisse

- Reduktion der Mitarbeiterzahl von 11 Personen auf 8 (6 Vollbeschäftigte, 2 Teilzeitbeschäftigte);
- 1 Standort;
- Reduktion auf das Kassen**ker**ngeschäft gem. GemKVO;
- Veränderung von auch historisch gewachsenen Arbeitsprozessen vom Ende her;
- höhere Fachkompetenz und Ergebnisqualität;
- so viele Geschäftsprozesse wie möglich elektronisch abwickeln;
- kalkulierte Kostensenkung (Personal- und Sachkosten) von 556.700 € auf 383.650 € = **- 20,19 %**

Ungelöstes

- Arbeitnehmerüberlassung (derzeit sind noch kostenpflichtige Erlaubnisse erforderlich)
- BFH-Urteil zur Umsatzsteuerpflicht kommunaler Beistandsleistungen
- Vollstreckung

Konfliktfelder/Kritisches

- unterschiedliche Verwaltungskulturen;
- Kommunikationsstrukturen;
- Widerstände unter den Mitarbeitern (wir können nicht mitreden, wir sind nicht informiert o.ä.);
- Standort der Gemeinschaftskasse (nur kritisch unter einem Teil der Mitarbeiter);
- Personalgestellung (wer geht, wer nicht?);

Erfolgsfaktoren

- klarer Wille der Bürgermeister;
- Bürgermeister müssen miteinander „können“;
- Aufgabe liegt nicht im politischen Fokus;
- aktive und zeitgleiche Information aller Beteiligten (wann und wo);
- art- und inhaltsgleiche Information aller Beteiligten (was und wie), am besten gemeinsam oder durch 1 geeignete Person;
- als Entscheidungsträger authentisch bleiben;

Erfolgsfaktoren

- Neueinstellung der Kassenleitung;
- externe Moderation und Projektbegleitung; straffe Projektstruktur, hohe Methoden- und Sozialkompetenz;
- unkonventionelle und schnelle Lösung alltäglicher Probleme der „Widerständler“;
- neue Räume, neue Technik;
- finanzielle Förderung durch das Land Hessen;

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!



Andreas Feldmann, Henny Gelhart

Magistrat der Stadt Kronberg im Taunus, Katharinenstraße 7, 61476 Kronberg im Taunus

Tel. 06173/703 11 00, Fax 07173/703 1908, a.feldmann@kronberg.de

Tel. 06173/703 1140, Fax 06173/703 1904, h.gelhart@gemeinschaftskasse-taunus.de